

**Christopher Vogt, MdL**  
Vorsitzender

**Anita Klahn, MdL**  
Stellvertretende Vorsitzende

**Oliver Kumbartzky, MdL**  
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 166/ 2020  
Kiel, Mittwoch, 20. Mai 2020

Fischerei/Demo Berufsfischerei

## Dennys Bornhöft: Chancen für unsere Berufsfischerei schaffen

Zur Demonstration der Berufsfischerinnen und Berufsfischer heute vor dem Landeshaus erklärt der fischereipolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Dennys Bornhöft:

„Wir stehen an der Seite unserer Berufsfischerinnen und Berufsfischer und rufen die Bundesregierung dazu auf, die Corona-Überbrückungshilfen für die Fischerei zu erhöhen. Dabei sollten die von Bundesministerin Klöckner angekündigten Fördersätze steigen, so dass sie den tatsächlichen Bedarf unserer Berufsfischerei widerspiegeln und unseren Kuttern eine Chance geben, ihre Existenz zu erhalten.

So bekommen zum Beispiel die niederländischen Kutter von ihrer Regierung mehr als doppelt so viel Geld, um die Corona-bedingten Ausfälle zu kompensieren. Es kann nicht angehen, dass unsere Bundesregierung die Hände in den Schoß legt, während unsere europäischen Nachbarn die unter ihren Flaggen fahrenden Kutter stark bezuschussen, obwohl sie teilweise in schleswig-holsteinischen Häfen liegen und auch in deutschen Gewässern fischen. Diese Ungleichbehandlung führt vor Ort verständlicherweise zu Frustration. Die Corona-Situation trifft auch unsere Berufsfischerinnen und Berufsfischer hart, die laufenden Kosten für Kutter und Mannschaft müssen finanziert werden.

Wenn die Corona-Krise vorbei ist, sollen nicht nur die stark subventionierten Kutter unserer europäischen Nachbarn übrig bleiben. Das hätte mit europäischer Wettbewerbsgleichheit wenig zu tun und ist auch kaum vermittelbar. Wir fordern daher von der Bundesregierung nicht nur die Überbrückungshilfe für unsere Fischer zu erhöhen, sondern auch Gespräche mit unseren europäischen Nachbarn aufzunehmen, um Lösungen im Sinne europäischer Fairness und Chancengleichheit zu finden. Ein weiterer Subventionswettbewerb sollte mit geeigneten europäischen Regelungen unterbunden werden.“